

MIT EU-ANSCHLUSS AN PARLAMENT UND VOLK VORBEI

Lehrplan 21 legt die Axt an unser erfolgreiches Schulsystem

Im Dezember 2015 wurde in den Medien erstmals über den linken Widerstand gegen den Lehrplan 21 berichtet. Bisher behaupteten sie immer, der Widerstand würde lediglich von «rechtskonservativen», «ewiggestrigen» Kreisen kommen. Dabei gab es schon lange und immer wieder linke Stimmen, wie diejenige von Hans Zbinden, langjährigem SP-Nationalrat und Vater des Bildungsartikels von 2006 in der Bundesverfassung.

Bis vor 25 Jahren galt das Schweizer Bildungswesen als Vorbild für sehr viele Länder weltweit. Laut Zbinden erhielt die Schweiz «noch im ersten Länderbericht der OECD von 1990 grosses Lob für die ausgeprägte demokratisch-parlamentarische Einbettung des Bildungswesens, für dessen Bürgernähe und seine damit verbundene grosse gesellschaftspolitische Legitimität».

Der hohe Schweizer Lebensstandard ist vor allem dem hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung, das in Volksschule und dualem Bildungssystem erworben wurde, zu verdanken. Der Klassenunterricht in der Volksschule durch didaktisch und pädagogisch erfahrene Lehrpersonen war lange Zeit ein Schweizer Erfolgsmodell. Er garantierte die für die direkte Demokratie unabdingbare Chancengleichheit bei der Bildung. Die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten wurden in humanwissenschaftlicher und bildungsphilosophisch fundierter und praxisnaher Lehrerbildung in Lehrerseminaren vermittelt.

Heimliche Anpassung an die EU

Schon im Mai 2009 wies Zbinden auf den «lautlosen Gang des schweizerischen Bildungswesens nach Europa hin» und damit auf die ausländischen Drahtzieher der ständigen Reformen, die auf den radikalen Totalumbau der Volksschule mit dem Lehrplan 21 ausgerichtet waren.

Für die Volksschule ist ein Systemwechsel ähnlich der Bologna-Reform beim Hochschulsystem geplant, den Zbinden als «Bruch mit der Tradition der europäischen Hochschulbildung» und als «weltanschaulicher Wertewandel bzw. grundlegenden Paradigmenwechsel weg von traditionellen humanistischen Bildungszielen hin zu einer utilitaristischen Instrumentalität» (Diktat von Wirtschaftsinteressen) charakterisierte.

Zbinden kritisierte, dass in der Schweiz die europäischen Reformen immer mehr

an Parlamenten und der Öffentlichkeit vorbei nachvollzogen würden. 1990 habe die «Liaison» zwischen der Schweiz und der Wirtschaftsorganisation OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) angefangen und sich mit immer stärkerer Anpassung an die internationalen Vorgaben fortgesetzt: Standards (PISA, TIMSS), Praktiken, Regelungen und auch Politiken seien zunehmend auch für Schweizer Schulen massgebend geworden.

Diese Stellungnahme Zbindens lässt keinen Zweifel daran, dass die Agenda der Schweizer Bildungsentwicklung der letzten 15 Jahre wesentlich den «Taktgeberinnen» OECD und EU zu verdanken ist. Die Standardisierung der Unterrichtsführung und die Outputtests zum Vergleich von Schulleistungen dienen als Grundlage für die Top-down-Steuerung der Schulentwicklung durch die Bildungsverwaltung. Das ist auch der Grund für die Ausarbeitung des Kompetenzmonsters im Lehrplan 21.

Die globalisierte Wirtschaft steuert Schweizer Volksschulreformen

Die OECD, die eigentlich von den USA diktiert wird, hat über die Pisa-Strategie grundlegende Volksschulreformen angestossen. Hier geht es um eine Gleichschaltung und Steuerung der Bildung von aussen im Dienste einer globalen Wirtschaft, mit dem Ziel, die zur Privatisierung geeigneten lukrativen Rosinen des öffentlichen Schulwesens ausfindig zu machen sowie die gleiche Schulsoftware, standardisierte Lehrmittel usw. weltweit vermarkten zu können.

Die frühere Bürgernähe und demokratisch-parlamentarische Legitimation der Schule ist infolge des Drucks der internationalen Organisationen heute nicht mehr vorhanden. Deshalb weiss die Bevölkerung heute kaum noch etwas Genaueres über die Weichenstellungen in der Schule der letzten zwei Jahrzehnte. Vielmehr definiert und entscheidet eine professionelle Expertokratie: Eine kleine Clique hoher Bildungsverwaltungsmitglieder und deren Berater mit

Verbindungen in allerlei nationale und internationale Steuerungsgremien (ausländische Stiftungen globaler Konzerne wie Bertelsmann, Jacobs, Mercator usw.) bestimmt eigenmächtig, wie die Schweizer «Schulentwicklung» auszusehen hat.

Inländische Drahtzieher steuern an Parlament und Volk vorbei

Die inländischen Drahtzieher sind vor allem in den Exekutiven und deren aufgeblähten Verwaltungen und teuren externen Beratern zu suchen, die mit nicht demokratisch legitimierten Parallelorganisationen (EDK, Städteinitiative, Metropolitanregionen usw.) Druck auf die öffentliche Meinung machen und gleichzeitig versuchen, demokratisch legitimierte Institutionen wie die Schulaufsicht zu beseitigen und damit die Verankerung der Schule in der Bevölkerung aufzulösen. Kürzlich hat ihnen allerdings der Zürcher Kantonsrat einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er die Abschaffung der Schulpflege aus dem neuen Gemeindegesetz gekippt hat.

Für Zbinden ist jeder Lehrplan politisch, die Frage sei nur, ob man es offen zugebe oder nicht. Für ihn hat der Lehrplan 21 die Grundidee der Bildungsvorstellung nicht erfasst. Der Lehrplan hätte den Kantonen lediglich einen Rahmen liefern sollen. Die EDK habe jedoch den Top-Down-Ansatz gewählt und Werte vorgegeben.

Tatsächlich wurden die «Grundlagen für den Lehrplan 21» seit 2006 von einem kleinen Expertokratenzirkel im Geheimen festgelegt und 2010 von der D-EDK abgesegnet. Die EDK beansprucht die alleinige Deutungsmacht für «guten Unterricht», was die faktische Abschaffung der freien Methodenwahl bedeutet. In den «Grundlagen» wird das «selbstgesteuerte Lernen» (eine kühle, unwissenschaftliche Mischung von gescheiterten Reformutopien aus dem letzten Jahrhundert: Antipädagogik, Antiautoritäre Erziehung, Konstruktivismus) und die «Kompetenzorientierung» des Psychologen Franz E. Weinert als

das «moderne» Bildungssystem vorgegeben. Ab 2011 durften die von der Steuergruppe handverlesenen Mitglieder der Fachbereichsteams die ihnen von der D-EDK diktierten Grundlagen in Tausende von Pseudo-Teilkompetenzen zerhacken. So hat der Berg eine Maus geboren, weil man aus einem Berg Hackfleisch kein Filetstück machen kann, wie es die bisherige effiziente und transparente Notengebung ist. Obwohl hauptsächlich die «Kompetenzorientierung» kritisiert wird, sind die Folgen des «selbstgesteuerten Lernens» viel einschneidender und gefährlicher. Beide sind allerdings untrennbar miteinander verknüpft.

Das gefährliche Dogma des «selbstgesteuerten Lernens»

Das Dogma des «selbstgesteuerten konstruktivistischen Lernens» (SoL = «Schule ohne Lehrer», «Unterricht ohne zu unterrichten») in den «Grundlagen für den Lehrplan 21» der D-EDK verbietet dem Lehrer, seine Hauptaufgaben wahrzunehmen: Er darf sein Wissen nicht weitergeben, nicht mehr unterrichten, nicht erklären, nicht motivieren und

nicht erziehen (nach Konstruktivist Peter Frattton). Das ist, wie wenn man den Journalisten das Schreiben verbietet, weil man sich nur dann eine eigene Meinung «konstruieren» könne. Das könnte das Ende des Lehrberufs bedeuten. Den Job als «Lernbegleiter», der «Lernumgebungen» bereitstellt, indem er Arbeitsblätter von Bertelsmann & Co. vom Internet herunterlädt und an die Schüler verteilt, können auch gratis arbeitende Senioren oder Zivildienstleistende machen.

Ein solch gefährliches und teures, sozialpsychologisches Grosseperiment mit unseren Schulkindern darf das Volk nicht zulassen. Wegen der jahrelangen Geheimniskrämerei, der Top-down-Strategie der D-EDK am Volk vorbei und der Verhinderung einer demokratischen und transparenten Diskussion hagelt es nun Kritik von rechts und links, der Unmut der Bürger wächst zum Sturm. Mit kantonalen Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21 muss der Verfall unseres Bildungssystems unbedingt gestoppt werden.

Von Peter Aebersold, Zürich



Das gefährliche Experiment des selbstgesteuerten Lernens für Schüler ist eine der Grundlagen des Lehrplan 21.

ARGUMENTE GEGEN DIE ASYLGESETZREVISION AUF EINEN BLICK

Die verantwortungslose Asylgesetzrevision zur Neustrukturierung des Asylbereichs ist aus folgenden Gründen abzulehnen.

- Für illegale Wirtschafts- und Sozialmigranten ist die Schweiz nicht da!** Echte, an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge erhalten in der Schweiz Hilfe. Das ist unsere humanitäre Tradition, die nur durch Missbrauchsbekämpfung erhalten werden kann.
- Die Asylgesetzrevision schadet der Schweiz.** Die Attraktivität der Schweiz als Zielland ist angesichts der grossen Völkerwanderung nach Europa und der damit verbundenen massiven Probleme stark zu senken. Der Fokus in der Asylpolitik müsste beim Vollzug und damit bei der Rückschaffung der Wirtschafts- und Sozialmigranten liegen. Dieser Führungsaufgabe verweigert sich das Departement Sommaruga seit Jahren. Die heute geltenden Gesetzesgrundlagen würden dazu jedoch vollständig genügen.
- Die Vorlage von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga basiert auf falschen Zahlen.** Die Asylrevision geht von 24000 Asylgesuchen jährlich aus (2015 hatten wir aber bereits 39523 Gesuche). Und sie geht davon aus, dass 40 Prozent der Asylbewerber als «Dublin-Fälle» bereits ab Bundeszentren in andere europäische Staaten überwiesen werden können. In der Realität konnten im Jahr 2015 von 17377 «Dublin-Fällen» nur gerade 2461 Personen an die zuständigen Dublin-Staaten überstellt werden, das entspricht nur gut 6 Prozent aller Asylbewerber im vergangenen Jahr. Die grosse Mehrheit der verbleibenden Fälle wird auch künftig auf die Kantone verteilt.
- Gratisanwälte für alle Asylsuchende führen zu einer teuren Prozessflut.** Für 40000 Asylsuchende (Jahr 2015) Gratisanwälte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig zu behaupten die Verfahren werden schneller, glaubt kein vernünftiger Mensch. Eine Prozessflut mit unzähligen Rekursen, noch stärker überlasteten Gerichten und Abermillionen Franken an Kosten sind die Folge. Zusätzlich werden Asylsuchende mit einem bedingungslosen Gratisanwalt bessergestellt als jeder Schweizer Bürger.
- Staatliche Enteignungen von Privatpersonen und Gemeinden für den Bau von neuen Asylzentren sind der direktdemokratischen Schweiz unwürdig.** Die Eigentumsrechte der Bürger und die Autonomie der Kantone und Gemeinden werden noch stärker mit Füßen getreten. Die Revision verlangt zentralistische Plan-genehmigungsverfahren mit der Möglichkeit von Enteignungen. Damit sollen Grundrechte, Föderalismus und unsere direkte Demokratie für diesen Bereich ausser Kraft gesetzt werden.
- Mit der Revision könnten noch mehr Asylsuchende noch schneller hierbleiben, ungeachtet, ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht. Eine Beschleunigung der Verfahren ohne den konsequenten Vollzug mit entsprechenden Rückführungen ist gar kontraproduktiv, da es die Attraktivität der Schweiz als Zielland für Wirtschaftsmigranten und für Schlepper weiter steigert. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die immensen Folgekosten für Gemeinden, Kantone und die Sozialwerke von grosser Bedeutung.
- Die langfristigen Kosten werden unser Land an den Rand des Kollapses bringen. Die Investitionskosten inkl. Arbeitsplätze für die neuen Bundeszentren belaufen sich auf 548 Millionen Franken. Wer will nicht in die Schweiz kommen, wenn es hier für jeden und jede umsonst medizinische, zahnärztliche und psychiatrische Behandlung, Sozialhilfe und jetzt noch einen bedingungslosen Gratisanwalt auf Kosten der Steuerzahler gibt. Dazu kommen die staatlichen Integrationsmassnahmen wie Sprachkurse, Ausbildungszulagen, Benimm-dich-Kurse etc., die massiv ausgebaut und von Bundesbern subventioniert werden. Lautstark fordern linke Kreise bereits staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für Asylsuchende.
- Renitente Asylbewerber könnten mit dem heutigen Asylgesetz bereits gesondert untergebracht werden.** Auch hier betreiben die zuständigen Behörden Verweigerungspolitik und nehmen die Sicherheit der Bevölkerung zu wenig ernst. Asylbewerber waren im Jahr 2015 fünfmal krimineller als die Schweizer Bevölkerung. Der Steuerzahler bezahlt ebenfalls die Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten.

Fazit: Die Asylgesetzrevision will die bereits gescheiterte Willkommenskultur noch ausbauen, statt begrenzen. Damit gefährdet sie die humanitäre Asyl-Tradition der Schweiz. Stattdessen sind die Grenzen sofort systematisch zu kontrollieren, wenn nötig mithilfe der Armee, um insbesondere auch den brutalen Schlepperbanden das Hand-

werk zu legen und eine erste Triage der Migrantenströme vorzunehmen. Die Regierung hat sich der Thematik des zunehmenden Werte- und Kulturwandel durch die grenzenlose Zuwanderung anzunehmen. Dazu gehören auch die vielen abgewiesenen, aber nicht ausgeschafften oder auch kriminelle Asylbewerber sowie die Gefahr der Einschleusung von Terroristen, welche beispielsweise über die Asylschiene einreisen. Die Bildung von Ghettos, wie wir sie in vielen umliegenden Ländern kennen, ist in der Schweiz zu verhindern. Den Grenzen der Integrationsmöglichkeiten aufgrund der grossen Anzahl von Menschen mit völlig anderem kulturellen Hintergrund ist Rechnung zu tragen. Mit den geforderten Gratisanwälten für alle Asylsuchenden und der Möglichkeit der diktatorischen Enteignung von Privaten, Unternehmen und Gemeinden zur Umnutzung oder zum Neubau von Asylzentren durch den Bund wird eine verfehlte und gefährliche Politik auf dem Buckel der Bürgerinnen und Bürger durchgedrückt. Zusätzlich laufen die Kosten voll kommen aus dem Ruder. In diesem Jahr werden die Kosten wohl allein beim Bund auf 1,842 Milliarden Franken ansteigen, bis im Jahr 2018 sich gegenüber 2015 bereits auf 2,4 Milliarden Franken verdoppeln. Zusätzlich tragen Kantone und Gemeinden jährliche Kosten von bis zu 2 Milliarden Franken. Die jährlich rund 3 Milliarden Franken Entwicklungshilfe sind zudem vermehrt als Hilfe und für Informationskampagnen vor Ort einzusetzen und auch an Rückübernahmeabkommen mit diesen Staaten zu knüpfen.